

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 26.08.2015

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:50 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 10.06.2015	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Modalitäten im Sozialamt in Erfurt BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur	1657/15

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 08.07.2015
- 5.1. Anzahl in Erfurt verfügbarer Übersetzer_innen **1406/15**
 BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 hinzugezogen:
 Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 10.06.2015, Ergebnisbericht und Entwicklungskonzeption STZ - Stadtteilzentrum Herrenberg **1462/15**
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
7. Informationen
- 7.1. Jahresbericht 2013 und 2014 zur Koordination Suchtprävention **0018/15**
 BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
- 7.2. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl)
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
- 7.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, eröffnete die öffentliche Sitzung, stellte die frist- und formgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und anwesenden Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es gab nachfolgende Anträge zur Änderung der Tagesordnung:

1. Der TOP 7.2. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.) wird als erster TOP behandelt, da hierzu zahlreiche Gäste (Ortsteilbürgermeister Linderbach, Bürger Linderbach) anwesend sind.

Dem Antrag wurde einstimmig (7 Ja-Stimmen) zugestimmt.

2. Zusätzlich aufgenommen werden sollte die Drucksache 1657/15 Modalitäten im Sozialamt in Erfurt, Antragstellerin Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Dem Antrag wurde ebenfalls einstimmig (7 Ja-Stimmen) zugestimmt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 10.06.2015

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

4. Dringliche Angelegenheiten

- 4.1. **Modalitäten im Sozialamt in Erfurt** 1657/15
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich für die Beantwortung ihrer Fragen.

Sie hatte weitergehende Fragen u.a. zur Erweiterung der Öffnungszeiten im Sozialamt, zum Aufrufsystem (vorgetragene Beschwerden) und zur Nutzung einer Geldkarte/eines Guthabenkonto.

Der zuständige Abteilungsleiter des Sozialamtes erläuterte, dass ihm bisher keine Beschwerden hinsichtlich des Aufrufsystems bekannt geworden sind. Er nimmt dies aber zum Anlass, das System und etwaige Alternativen (z. B. Aufrufanlage) zu prüfen. Zur nächsten Ausschusssitzung wird es zur derzeitigen Systematik und Alternativen Ausführungen geben. T.: 23.09.2015	DS 1807/15
--	---------------

Hinsichtlich der Bereitstellung von Geldkarten werden derzeit Verhandlungen mit der Sparkasse Mittelthüringen geführt. Über das Ergebnis wird in der nächsten Ausschusssitzung am 23.09.2015 informiert.	DS 1808/15
--	---------------

zur Kenntnis genommen

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 08.07.2015

- 5.1. Anzahl in Erfurt verfügbarer Übersetzer_innen 1406/15**
BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, hatte Nachfragen zum Angebot und den Bedarfen von Dolmetscher/-innen, insbesondere in Bezug auf die zunehmende Anzahl an Flüchtlingen.

Der Dezernatsreferent Soziales, Bildung und Kultur informierte, dass genauere Aussagen hinsichtlich der Bedarfe erst nach Ankunft der Flüchtlinge gemacht werden können.

Frau Rothe-Beinlich äußerte den Wunsch, in der nächsten Ausschusssitzung im Rahmen der Berichterstattung zum Thema Flüchtlinge auch die Problematik "Bedarf an Dolmetscher/-innen" zu diskutieren.

zur Kenntnis genommen

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 10.06.2015, Ergebnisbericht und Entwicklungskonzeption STZ - Stadtteilzentrum Herrenberg 1462/15
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Mitarbeiterin des Nachhaltigkeitsmanagements informierte zum Ergebnis der Prüfung.

Danach ist es nicht möglich, die Räumlichkeiten Dritten kostenfrei zu nutzen. Es wurde auf die Benutzungs- und Entgeltordnung zum kurzzeitigen Überlassen und Benutzen von Räumen und Flächen der Landeshauptstadt Erfurt vom 12.04.2013 verwiesen. Weiterhin wurde betont, dass der Verein Plattform e.V. zu 100 % gefördert wird. Bei einer Veranstaltung müsse ein hauptamtlicher Mitarbeiter des Vereins vor Ort sein.

Mit der Beantwortung zeigten sich die Ausschussmitglieder nicht einverstanden. Bis zur nächsten Ausschusssitzung ist folgender Sachverhalt zu prüfen und zu beantworten:

Ist es bei ehrenamtlicher Nutzung der Räumlichkeiten im Stadtteilzentrum Herrenberg zwingend erforderlich, dass während dieser Zeit hauptamtliche Mitarbeiter anwesend sind? T.: 23.09.2015	DS 1809/15
--	---------------

vertagt

7. Informationen

- 7.1. Jahresbericht 2013 und 2014 zur Koordination Suchtprävention 0018/15
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

Zur Drucksache gab es keinen Redebedarf.

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Der TOP wurde nach dem Tagesordnungspunkt 3. - Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 10.06.2015 - behandelt.

Der anwesende Ortsteilbürgermeister nahm das Wort und bedankte sich zunächst für das "Vorziehen" des Tagesordnungspunktes.

Er verwies auf ein Gespräch mit dem Beigeordneten für Bürgerservice und Sicherheit sowie um eine Presseinformation, welche u.a. die Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Baumarkt in Linderbach zum Inhalt hatten. Aus diesem Grund waren zahlreiche Einwohner von Linderbach anwesend.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, informierte über einen heute zeitgleich stattfindenden "Flüchtlingsgipfel" mit dem Ministerpräsidenten.

Anschließend gab es allgemeine Ausführungen zur aktuellen Situation bei der Flüchtlingsunterbringung durch den Dezernatsreferenten Soziales, Bildung und Kultur.

Details zu den einzelnen Objekten, in welchen die Unterbringung vorgesehen ist, werden Vorort und in Bürgergesprächen rechtzeitig bekannt gegeben.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, eröffnete anschließend die Diskussion und gab auch den anwesenden Bürgern die Gelegenheit, sich daran zu beteiligen.

Die Beigeordnete Wirtschaft und Umwelt, Frau Hoyer, informierte auf Nachfrage zur beabsichtigten Nutzung des ehemaligen Globus-Baumarktes in Linderbach als Flüchtlingsunterkunft.

Frau Klisch, SPD-Fraktion, verwies auf die Schulsituation und die erforderliche soziale Betreuung in Linderbach hin.

Der Dezernatsreferent Soziales, Bildung und Kultur ging auf diese Hinweise ein und erläuterte u.a., das bestehende Recht der Kinder auf Schule und dass spätestens nach drei Monaten des Aufenthaltes für die Kinder Schulpflicht besteht. Während dieser Zeit besteht das Angebot, Sprachkurse zu besuchen. In den Schulen werden für ca. 1/2 Jahr "Vorschaltklassen" eingerichtet.

Zu der Nachfrage von Frau Herold, fraktionslos, wurde erläutert, dass die Erstuntersuchung der ankommenden Flüchtlinge in der Zuständigkeit des Landes liegt und in den Erstaufnahmeeinrichtungen erfolgt. Ohne diese wird kein Flüchtling in die Kommunen weitergeleitet. Bezüglich der Gewaltprävention informierte die Ausschussvorsitzende, dass Kosten für die Bewachung ebenfalls durch das Land im Rahmen der Thüringer Verordnung über die Kostenerstattung nach dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz erstattet werden.

Frau Walsmann, CDU-Fraktion, hatte Nachfragen zur Dauer des Mietvertrages im ehemaligen Baumarkt, zur Anzahl der dort unterzubringenden Flüchtlinge, zur sozialen Betreuung und zum Anteil der Flüchtlinge aus dem Balkangebiet.

Die Beantwortung erfolgte durch Frau Hoyer wie folgt:

- 300 bis maximal 350 Flüchtlinge werden in der Notunterkunft in Linderbach untergebracht
- der Mietvertrag soll nach derzeitigem Stand eine Laufzeit von fünf Jahren haben
- zur sozialen Betreuung ist die Kommune gesetzlich verpflichtet und sie wird auch über die Zuschüsse vom Land refinanziert.

Eine Aussage zum Anteil der Flüchtlinge aus dem West-Balkangebiet zum Stichtag 31.08.2015 wird zur Sitzung am 23.09.2015 nachgereicht.	DS 1810/15
--	---------------

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., verwies u.a. auf erforderliche bauliche Maßnahmen und hygienische Voraussetzungen in der vorgesehenen Einrichtung in Linderbach. Vor dem Hintergrund der angespannten Situation plädierte er dafür, die Unterbringung von Flüchtlingen nicht in Gewerbegebieten zu präferieren. Er bevorzugte langfristig eine dezentrale Unterbringung. Hierdurch würde auch die Möglichkeit der Nutzung von kulturellen und sozialen Angeboten durch die Flüchtlinge verbessert.

Seitens der Bürger gab es u.a. folgende Fragen bzw. Hinweise:

- ° Struktur und Anzahl der Flüchtlinge, die in Linderbach untergebracht werden sollen,
- ° Termin für die Bürgerversammlung in Linderbach und Büßleben,
- ° Kontakte und Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land
- ° unterschiedliche Glaubensrichtungen der Flüchtlinge sollte bei deren Unterbringung berücksichtigt werden,
- ° Politik der Landesregierung sollte sich der aktuellen Situation anpassen,
- ° schwierige Situation in den Ortsteilen, Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung,
- ° keine Verlängerung der Nutzungsdauer (5 Jahre!) für das Objekt des ehem. Baumarktes in Linderbach,
- ° erfolgt eine Aufnahme von Kindern in die Grundschule Urbich,
- ° Verkehrskonzept

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion, bat darum, dem Ausschuss eine Auflistung aller Objekte, die für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen bzw. bereits genutzt werden, vorzulegen.

Dazu verwies der Dezernatsreferent Soziales, Bildung und Kultur auf die Anfragen von Herrn Panse, CDU-Fraktion, DS 1758/15 und 1759/15, die diese Frage beinhalten.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, dankte anschließend den anwesenden Bürgern für ihr Engagement. Sie bekräftigte, dass deren Verunsicherung nachvollziehbar ist und versicherte, dass die Stadtverwaltung mit Hochdruck und Verantwortungsbewusstsein an der menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge arbeitet. Die Bürger werden in diesen Prozess einbezogen und umgehend über aktuelle Entwicklungen informiert. Der Termin für eine Bürgerversammlung wird schnellstmöglich abgestimmt und entsprechend kommuniziert.

Nach Verlassen der Bürger des Versammlungsraumes brachte die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, ihren Unmut über den Umgang miteinander zum Ausdruck. Sie bat zukünftig um Hinweise, sollte einzelnen Ausschussmitgliedern bekannt werden, dass größere Gruppen zur Ausschusssitzung kommen und auch Fragen stellen wollen. Damit könnten sich die Ausschussmitglieder z.B. hinsichtlich des Rederechts besser absprechen und vorbereiten.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass einige Bürger ohne Zustimmung der Anwesenden Aufzeichnungen der Sitzung vorgenommen haben. Dies wurde bemerkt und die Bürger darauf hingewiesen.

Die Beigeordnete Wirtschaft und Umwelt, Frau Hoyer, verwies auf die Sitzung des Hauptausschusses vom Vortag und dem Wunsch der Stadtratsmitglieder, rechtzeitig – und nicht über die Presse oder Einwohnerversammlungen – über aktuelle Entwicklungen informiert zu werden.

Frau Rothe-Beinlich informierte, dass im Hauptausschuss eine 14-tägige Berichterstattung zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung festgelegt wurde.

Anregung der Ausschussmitglieder des SAG wurde aufgegriffen: Zusätzlich zur monatlichen "Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung" ist die Fortschreibung der DS 2391/14 (Anlage 2) aus der Sitzung des SAG vom 07.01.2015 vorzulegen. Ferner sollte eine umfassende Information vorgelegt werden, um eine qualitative Diskussion in Bezug auf die soziale Betreuung, Unterbringung in Schulen, der Gesundheitsversorgung und die Kosten der Flüchtlingsunterbringung zu ermöglichen.

T.: 23.09.2015

V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

zur Kenntnis genommen

7.3. Sonstige Informationen

Seitens der Ausschussmitglieder und seitens der Stadtverwaltung gab es kein weiteres Informationsbedürfnis.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, stellte im Anschluss die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in